

Resolution zu „Protestanten ohne Protest“

Mit dem Handbuch „Protestanten ohne Protest – Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus“ stellt sich unsere Kirche ihrer schuldhaften Verstrickung zwischen 1933 und 1945. Die pfälzische Kirche vermochte es nicht, gegenüber dem Nationalsozialismus „Jesus Christus als den Herrn und das alleinige Haupt seiner Gemeinde“ zu bekennen (Kirchenverfassung seit 1920).

Das Handbuch zeigt individuelles, kollektives und institutionelles Versagen auf. Vor dem Reformationsjubiläum 2017 und dem pfälzischen Unionsjubiläum 2018 nehmen wir auch das belastende Erbe unserer Kirche bewusst wahr.

Das Versagen der Kirche

- 1.** Die meisten Protestanten in der Pfalz begrüßten 1933 die nationalsozialistische Machtübernahme voller Erwartungen. Viele erhofften sich davon neue missionarische Möglichkeiten. Der Niedergang der Weimarer Demokratie, die Selbstgleichschaltung der Landeskirche, die Abschaffung der synodal-presbyterialen Kirchenverfassung sowie die Gewaltmaßnahmen gegen Juden und Oppositionelle riefen keinen kirchlichen Widerstand hervor.
- 2.** Diese Entwicklung betraf alle Ebenen der pfälzischen Kirche. Landessynode, Kirchenregierung und Landeskirchenrat, aber auch Gemeinden und kirchliche Gruppen unterstützten das nationalsozialistische Regime. In kaum fassbarer Geschwindigkeit vollzog sich eine Selbstanpassung des Protestantismus.
- 3.** Innerkirchliche Opposition formierte sich erst im Zuge der Eingliederung der pfälzischen Kirche in die „Reichskirche“. Die prinzipielle Loyalität gegenüber dem NS-Regime wurde dabei nicht in Frage gestellt. Von einem offenen Kirchenkampf kann nicht die Rede sein.

4. Die Kirche unterstützte die Kriegspropaganda. Die militärischen Erfolge gegen Polen und Frankreich wurden religiös überhöht. Öffentlichen Widerspruch gegen die Entrechtung, Deportation und Ermordung von Juden gab es nur in wenigen Einzelfällen. Auch gegen Zwangsarbeit, Ermordung von Kranken und Menschen mit Behinderung sowie gegen die Verfolgung und Vernichtung von Oppositionellen, Sinti, Roma, Homosexuellen und anderen Gruppen gab es keinen öffentlichen Protest. Nicht zuletzt antikatholische Ressentiments verhinderten gemeinsames christliches Handeln.

Die Verantwortung für die Zukunft

Als Kirche und als einzelne Christinnen und Christen verpflichten wir uns,

- das Evangelium von Jesus Christus als alleinigen Maßstab unseres Lebens verständlich und zeitkritisch zu bezeugen;
- für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzustehen;
- „jeder Form von Judenfeindschaft entgegenzutreten“ (Kirchenverfassung seit 1995);
- über unsere besondere Beziehung zum Judentum hinaus zum Frieden unter allen Religionen beizutragen und für die Religionsfreiheit einzustehen;
- zu einer differenzierten Sicht des Islam beizutragen und islamfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten;
- am demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken und auf die Wahrung der kirchlichen Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu achten;
- Rechtspopulismus sowie Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzuwirken und uns für eine offene Gesellschaft einzusetzen;
- Kritikfähigkeit und demokratische Streitkultur in unserer Kirche zu fördern.

Prägend für eine protestantische Grundhaltung ist es, die eigenen Positionen zu hinterfragen, das Evangelium klar zu bezeugen und Verantwortung für andere zu übernehmen.

Bad Dürkheim, 3. Juni 2016

Verabschiedet durch einstimmigen Beschluss der Landessynode.